

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Brosz und FreundInnen

betreffend Refundierung der Gebührenbefreiungen an den ORF

eingebracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Verfassungsausschusses zum Tätigkeitsbericht der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH gemäß § 7 Abs. 2 KOG für das Geschäftsjahr 2006, vorgelegt von der Bundesministerin für Frauen, Medien und öffentlichen Dienst im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie (III-03dB)

603

Durch die gesetzlich verfügbten Gebührenbefreiungen verliert der ORF rund 50 Millionen Euro jährlich an Einnahmen. Diese Gebührenbefreiungen sind natürlich aus öffentlichem Interesse gerechtfertigt, jedoch sollte die öffentliche Hand dem Wirtschaftsunternehmen ORF diesen Einnahmensexang ersetzen. Hätte man dies frühzeitig vorgesehen, so wäre die letzte Gebührenerhöhung nicht notwendig gewesen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat umgehend eine Regierungsvorlage vorzulegen, die eine Refundierung der Gebührenbefreiungen an den ORF zum Ziel hat.

[Handwritten signatures and notes]

W. Brosz
Zil
B. Biersack
S. Mauder
A. [Signature]